



GÖTTINGER BLÄTTER

05.2018

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Gedanken zum Schwur von Buchenwald

geschrieben von Günter Pappenheim

Seit einiger Zeit ist festzustellen, dass der Schwur von Buchenwald unerträglichen Angriffen ausgesetzt ist. Zugleich werden Versuche unternommen, ihn zu verfälschen und zu interpretieren.

Ich habe darauf anlässlich meiner Ernennung zum Kommandeur der Ehrenlegion Frankreichs im Januar 2017 und auf der Gedenkundgebung des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos im April 2017 auf dem ehemaligen Appellplatz in Buchenwald hingewiesen.

Grundsätzlich ist dazu zu sagen, dass die »Deklaration« der befreiten Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald vom 19. April 1945 unter den komplizierten Bedingungen des Lagers entstand, die Zustimmung aller am Internationalen Lagerkomitee beteiligten Nationen erhielt und ein von 21.000 Überlebenden beschworenes historisches Dokument wurde, das keiner Deutung bedarf. Jegliche Diskreditierung dieses Schwurs ist eine einundzwanzigtausendfache Beleidigung der Überlebenden und zugleich eine Schändung der 56.000 Opfer von Buchenwald.

Die »Deklaration« ist als Schwur von Buchenwald in die Geschichte eingegangen und sehr viele, die von den deutschen Faschisten in Gefängnissen, Zuchthäusern, Konzentrationslagern gemartert wurden, die Zwangsarbeit leisten, die emigrieren mussten, die der Verfolgung ausgesetzt waren, die in Spanien oder in den alliierten Streitkräften gegen die Nazis gekämpft hatten, machten sich die Grundaussagen dieses Schwurs zu eigen und sie lebten dafür, dass er eines Tages Wirklichkeit werde. Der Schwur wurde zum Fanal des Neuanfangs und wirkte auf nachfolgende Generationen.

Die von hoher politischer Verantwortung getragene Aussage, dass der Kampf erst einzustellen sei, wenn »auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht«, dass »die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln unsere Lösung (ist)« und der »Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit (...)

unser Ziel« ist so beschworen worden. Das befreite Aufatmen nach zwölf bitteren Jahren Faschismus war alternativlos und es gibt bis heute nichts Vernünftigeres als eine Welt ohne Faschismus und Krieg. Da weder der Faschismus vernichtet, noch der Frieden gesichert ist, besitzt der Schwur Aktualität. Deshalb haben wir Überlebende im April 2017 in Buchenwald unser Vermächtnis in die Hände nachfolgender Generationen gegeben und wir sind überzeugt, dass das Richtige getan wird, um den Schwur Wirklichkeit werden zu lassen. Aus unserer Erfahrung wissen wir, dass der zu gehende Weg steinig ist. Mit der Zuversicht, dass Vernunft sich durchsetzen wird, lohnt es sich, diesen Weg zu gehen.

Jenen, die heute in bequemen Sesseln an hessischen Verfassungsschutzschreibischen Steuergelder vergeuden und es unternehmen, pseudowissenschaftlich zu begründen, dass der Schwur von Buchenwald »kommunistische Faschismustheorie« stütze und damit die Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung in Frage stelle, sei ins Stammbuch geschrieben:

Sie sind folgsame Schüler ihrer Lehrer geworden, jener, die uns einsperrten und folterten. Nach unserer Befreiung taten sie eine Zeit lang, als hätten sie von nichts gewusst. Nachdem sie sich unter den Schwingen des Bundesadlers sicher fühlten, bekleideten sie wieder ihre Ämter. Das blinde rechte Auge blieb blind und im Kalten Bürgerkrieg lebten sie auf.

In seiner ersten Regierungserklärung erklärte Bundeskanzler Adenauer, die Bundesregierung sei entschlossen, »dort, wo es ihr vertretbar erscheint, Vergangenes vergangen sein zu lassen, in der Überzeugung, dass Viele für subjektiv nicht schwerwiegende Schuld gebüßt haben.«

Die Arme zur Integration ehemaliger NSDAP-Mitglieder, NS-Eliten und NS-Täter wurden weit geöffnet. Heute reiben sich manche die Augen über Anmaßungen der AfD in den Landesparlamenten und im Bundestag. Geflissentlich übersehen

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Schwur von Buchenwald	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Europabüro	7
Die LINKE. Kreisverband	8
DIE LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Naziaufmarsch verhindern!	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 06.2018
ist der 18. Mai.
Auslieferung am 24. Mai.

wird, dass die Führenden bereits in der CDU dienten. Gaulands Gaunerstück als Staatssekretär und Chef der hessischen Staatskanzlei ist doch nicht vergessen. Seit 1964 gibt es in der Bundesrepublik Deutschland eine mit Steuergeldern finanzierte neofaschistische und, gerichtsnotorisch festgestellt, verfassungsfeindliche NPD, die zu verbieten und ihr die Legalität zu nehmen politisch nicht gewollt ist. Inzwischen sind funktionierende Ersatzorganisationen entstanden wie die Identitären. Sie sind ungehindert die Fußtruppen der AfD geworden. Ein Nationalsozialistischer Untergrund konnte sieben Jahre unerkannt morden. Eine gefährliche, zum Teil bewaffnete so genannte Reichsbürgerbewegung wird seit Jahren geduldet. Hass, Aufrufe zu Gewalt wabern im Internet.

Was ich hier nur andeutungsweise erwähne, scheint mir ein ertragreiches Betätigungsfeld für Verfassungsschützer. Wir haben uns darauf einzustellen, dass wir unsere antifaschistischen Positionen sachlich und konsequent verteidigen müssen.

(...) weiter auf Seite 12



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Warum schafft die Stadt Göttingen solchen Gestalten Raum zur öffentlichen Hetze?

Die Partei „Die Rechte“ ruft bekanntlich für den 2. Juni in Goslar zu einer über-regionalen Demonstration auf. In Goslar selber hat sich dazu (siehe Seite 1 dieser Ausgabe) ein breites antifaschistisches Bündnis gebildet, das diesen Aufmarsch verhindern und aktiv blockieren will. Auch das Göttinger Bündnis gegen Rechts mobilisiert zu den Gegenprotesten nach Goslar.

Im Vorfeld ihres „Großkampftages“ mobilisiert die Partei „Die Rechte“ in verschiedenen Städten für ihre Demonstration in Goslar. Eine ihrer Stationen ist für den 25.04.2018 auch Göttingen, wo der einschlägig bekannte und vorbestrafte Neonazi-Kader Jens Wilke eine Kundgebung am Bahnhof und eine Demonstration durch die Göttinger Weststadt angemeldet hat. Nun mag man meinen, dass eine rot-grün geführte Stadtverwaltung einer sich weltoffen gebenden Universitätsstadt wie Göttingen, in der ein SPD-Oberbürgermeister regiert, solch ein Nazi-Spektakel mit allen rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln unterbinden werde. – Doch dem ist leider nicht so. OB Rolf-Georg Köhler, der sich weiland im Sommer 2014 im Vorfeld der OB-Stichwahl an die Wählervereinigung Göttinger Linke noch mit dem Argument anwanzte, unter seiner Oberbürgermeisterschaft werde man alle rechtlich möglichen Mittel gegen Nazi-Aufmärsche ausschöpfen, hat heuer 2018 keinerlei Anstalten unternommen, den Nazi-Spuk einzuschränken oder gar gutbegründet zu verbieten. Der Göttinger Verein „NS-Familien-Geschichte: hinterfragen - erforschen - aufklären e.V.“, der im Dezember 2017 beim bundesweiten Wettbewerb „Aktiv für Toleranz und Demokratie“ wegen seines antifaschistischen Engagements als vorbildliches Projekt ausgezeichnet wurde, schrieb der Stadtverwaltung vor wenigen Tagen in einem öffentlichen Brief:

„Mit großem Erstaunen nehmen wir zur Kenntnis, dass das Ordnungsamt noch nicht einmal den Versuch unternimmt,

Wilke aufgrund dieser Vorgeschichte [d.h. der Tatsache seines Vorstrafenregisters und der gegen ihn derzeit noch laufenden Verfahren wegen rechtsextremer Gewaltakte sowie der „Bildung einer kriminellen Bande“] als „nicht verlässlich“ abzulehnen. [...]

Mit ihrer Entscheidung ermöglicht es diese städtische Behörde Wilke und seinen braunen Kameraden einmal mehr ihre menschenverachtenden Parolen in die Stadt zu tragen. Ganz anders verhalten hat sich vor Kurzem die Verwaltung der Stadt Wetzlar in Nordhessen, indem sie ihren gesamten rechtlichen Spielraum nutzte, um der NPD einen Zugang zur Stadthalle zu verwehren. Da die Stadt Göttingen für sich in Anspruch nimmt „bunt und tolerant“ zu sein und Göttingen auf dieses Image nicht nur wegen der Universität angewiesen ist, erwarten wir von unserer Stadtverwaltung, sich ähnlich aktiv zu engagieren wie die Verwaltung Wetzlars.“

Jens Wilke, der die Parteistrukturen von „Die Rechte“ im „Großkreisverband Süd-Ost Niedersachsen“ leitet, ist ein vorbestrafter Neonazi, einschlägig und aktenkundig wegen Gewaltdelikten bekannt, zudem ein Wiederholungstäter, der aus seiner völkisch-rassistischen Gesinnung keinen Hehl macht. Und die Partei „Die Rechte“ selbst ist und bleibt ein Sammelbecken neonazistischer Kameradschaftsstrukturen, das sich mittels Parteienstatus besondere Privilegien sichern will, so z.B. den Zugang zu kommunalen Räumlichkeiten in Wahlkampfzeiten. Ideologisch und personell handelt es sich bei „Die Rechte“ um eine nahtlose Fortsetzung der neofaschistischen Politik ihrer – mittlerweile teils verbotenen – Kameradschaftsstrukturen. Wes Geistes Kind diese Partei ist, hat zuletzt wieder ihr Bundesparteitag am 1. April gezeigt, auf dem zwei neue Bundesvorsitzende (Sascha Krolzig und Michael Brück) gewählt und eine Liste zu den EU-Wahlen aufgestellt wurden.

Angeführt wird die Wahlliste für die EU-Wahlen nächstes Jahr von der mehrfach wegen Volksverhetzung vorbestraften Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck, ihres Zeichens eine der Ikonen des klassischen rechtsextremen Antisemitismus. Auch die weiteren „Spitzenkandidaten“ gehören zum Who is Who der neofaschistischen Szene: Sven Skoda („Aktionsbüros Mittelrhein“, Düsseldorf), Christian Worch (seit Ende der 1970 aktiver Neonazi-Kader, früher: ANS/NA, FAP, Gründer der Partei „Nationale Liste“, kurzzeitig NPD, Gründer „Die Rechte“; heute in Parchim wohnhaft), Dieter Riefling (seit Anfang der 1980er Neonazi-Kader, früher: FAP, auch mal Direktkandidat der NPD, diverse NS-Kameradschaften; Anmelder der Demo in Goslar, wohnhaft in Hildesheim) sowie Siegfried „SS-Siggi“ Borchardt (ebenfalls ein neonazistisches Urgestein aus Dortmund).

Und solche Leute dürfen jetzt unter großem Polizeischutz in der Göttinger Weststadt rassistische Hetze verbreiten? – Na dafür „vielen Dank“ an die untätige Stadtverwaltung und unseren OB Köhler!

(JS)



Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

Am 08. Mai um 20.00 Uhr im Berliner Hof



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Postbank wendet illegale „extraterritoriale“ Maßnahmen der US-Blockade gegenüber Cuba an

Presseerklärung der Freundschaftsgesellschaft BRD – Kuba e.V.

Wie die Tageszeitung Junge Welt in Ihrer Ausgabe vom 7./8. April 2018 berichtet, hat die Postbank, bei der ihr herausgebender Verlag 8. Mai ein Konto führt, sich geweigert, eine Überweisung auf das Konto der kubanischen Zeitung Granma Internacional durchzuführen.

Sowohl die Junge Welt als auch die Granma Internacional sind Medienpartner der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba. Damit handelt es sich um den dritten Vorfall innerhalb weniger Monate, bei dem diese älteste Organisation der Kuba-Solidarität direkt oder indirekt von der extraterritorialen Anwendung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA gegen Kuba betroffen ist.

⇒ Am 6. September 2017 weigerte sich die niederländische ING-Bank die Überweisung eines Kunden auf das Konto unserer Organisation durchzuführen

⇒ Anfang Oktober 2017 weigerte sich die Postbank, von einem Konto des Netzwerk Cuba Informationsbüro e.V., in dem unsere Organisation Mitglied ist, eine Spende in sechsstelliger Höhe auf ein kubanisches Hilfskonto für Hurrikanopfer zu überweisen.

Die Bundesvorsitzende der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Petra Wegener, erklärt dazu: „Wir protestieren energisch gegen die extraterritoriale Ausweitung der US-Blockade auf den Europäischen Wirtschaftsraum. Dadurch werden europäische Bankinstitute zum Hebel der Schwankungen und Eskalationen der US-Außenpolitik gegenüber Kuba.“ Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba fordert die Bundesregierung deshalb dazu auf, die „EU Blocking Regulation“ von 1996, nach der die Anwendung extraterritorialer Embargos innerhalb der EU illegal ist, end-

lich zur Grundlage ihrer Politik zu machen. „Wir verurteilen energisch das Verhalten der beteiligten Banken und fordern die europäischen Regierungen, insbesondere die Bundesregierung, dazu auf, durchzusetzen, dass das seit 1. November 2017 gültige EU-Abkommen über Dialog und Zusammenarbeit mit Kuba nicht durch die unrechtmäßige und aggressive Einflussnahme der USA konterkariert wird“, erklärte Petra Wegener weiter.

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba bekräftigt die in der von ihr initiierten Europäischen Erklärung „Die Blockade ist die eigentliche Katastrophe“ vom 19. November 2017 aufgestellte Forderung nach der Verhängung von EU-Strafmaßnahmen gegen Bankinstitute, welche sich weigern, Überweisungen mit Kubabezug auszuführen.

Köln/Frankfurt, 6.4. 2018

! Die deutsche Postbank weigert sich, eine Überweisung auf das Konto einer kubanischen Zeitung auszuführen. Das Geld stammt von dem deutschen Verlag 8. Mai GmbH. Damit zeigt die Postbank nicht nur vorseilenden Gehorsam, sondern verstößt gegen eine EU-Verordnung.

Wie die Freundschaftsgesellschaft BRD – Kuba e.V., eine der ältesten Solidaritätsorganisation mit Kuba in Deutschland, am 6. April 2018 mitteilte, weigerte sich die Deutsche Postbank AG, eine hundertprozentige Tochter der Deutschen Bank AG, eine Überweisung auf das Konto der kubanischen Zeitung Granma Internacional auszuführen. Damit verstößt das Kreditinstitut gegen eine EU-Verordnung, wie die Tageszeitung Junge Welt in der Ausgabe vom 7. April berichtet, und macht sich zum Gehilfen der Angriffe Washingtons auf die öffentlichen Medien in Kuba.

„Wir dürfen keine Überweisungen nach Kuba bearbeiten“

Der Verlag 8. Mai GmbH, in dem auch die Junge Welt und die Granma Internacional in Deutschland erscheinen (...), wollte knapp

9.700 Euro nach Havanna transferieren. (...) Am 28. März weigerte sich die Postbank allerdings „aus geschäftspolitischen Gründen“, den Betrag auf die sozialistische Karibikinsel zu überweisen. Auf Nachfrage der jungen Welt dürfe man „keine Überweisung nach Kuba bearbeiten“, wie eine Mitarbeiterin der Bank verriet. „Das wird uns so vorgegeben“, lautete die knappe Erklärung am Telefon. Eine offizielle Stellungnahme der Bank liegt bisher nicht vor. ...

Wiederholungstäter

Der ... Freundschaftsverein wurde bereits am 7. September 2017 von der niederländischen ING-Bank sowie Anfang Oktober 2017 schon einmal von der Postbank sanktioniert. (...) Die Junge Welt weist ebenfalls daraufhin, dass die Postbank ein

„Wiederholungstäter“ ist. So blockierte das private Geldhaus bereits im Jahr 2014 eine Überweisung der britischen „Cuba Solidarity Campaign“.

Postbank verstößt gegen EU-Verordnung

Mit der freiwilligen Ausführung ... bestehender US-Sanktionen gegen den ... Inselstaat setzt sich die Bank über die am 22. November 1996 erlassene Verordnung Nr. 2271/96 des Europäischen Rates – die Verordnung setzt fest, dass die Regelungen der US-Blockade gegen Kuba „völkerrechtswidrig“ und in der EU „illegal“ sind – erneut hinweg.

Weiter auf: <https://deutsch.rt.com/international/68257-postbank-befolgt-freiwillig-erneut-us-blockade-gegen-kuba-und-verstoet-C3%9Ft-damit-gegen-eu-recht/>



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► UZ-Pressesfest: Helfer gesucht!

Am 7.-9. September findet in Dortmund das große Volksfest der DKP statt. Die DKP feiert dabei ihren 50jährigen Geburtstag und 100 Jahre KPD. Das Pressesfest der DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ ist eines der kulturellen und politischen Highlights in diesem Jahr für die politische Linke und Arbeiterklasse in der BRD. Kulturell wird es von Künstler*Innen wie Wecker, Bejarano und Microphone Mafia und vielen weiteren geprägt. Politisch steht das Programm noch nicht ganz fest, aber das Thema Frieden wird eine zentrale Rolle beim Fest spielen. Auch wird die DKP ihre Unterschriftensammlung mit dem Ziel von 30 000 Unterschriften für die Kampagne der Friedensbewegung „Abrüsten statt Aufrüsten“ beenden.

Auf dem Gelände des Pressesfests stellen sich viele gesellschaftliche Akteure neben der DKP dar, wie die Partei DIE LINKE, die SDAJ, Teile der Bewe-

gungslinken, Naturfreunde, die Rote Hilfe, die Gewerkschaftslinken und internationale wie migrantische Freund*Innen. Dazu gibt es Gelegenheit, Kulturschaffende, Autor*Innen oder die Redaktion der UZ live zu erleben und mit Ihnen zu diskutieren.

Das Ganze kostet die Besucher*Innen nichts, aber die DKP kostet es viel! Dafür versuchen wir, UZ-Pressesfestbuttons im Wert von 5 bzw. 10 € zu verkaufen. Aber klar ist auch, dass für dieses größte Fest der Linken in Deutschland zudem noch viele Helfer*Innenhände benötigt werden. Also: Wer Zeit, Kraft und Lust hat zum Auf- und/oder Abbau oder auch auf dem Fest selbst zu helfen, kann sich gern bei uns in Göttingen melden, unter: toto17@secarts.de

Kommt zum Pressesfest und helft mit!

Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 01. Mai, 20:00 Uhr

DKP-Sitzung fällt aus

MV Dienstag, 15. Mai, 20:00 Uhr

Wohn- und Mietpolitik der DKP Göttingen, Referent: Gunnar S.

MV Dienstag, 29. Mai, 20:00 Uhr

Auswertung der Tarifrunde ÖffDienst, Referent: Tim K.

Die DKP-Treffen finden jetzt jeden ersten und dritten Dienstag im Monat statt (ggf. auch den fünften).

20. UZ-PRESSEFEST

DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT

KONSTANTIN WECKER

ESTHER BEJARANO & MICROPHONE MAFIA

CALUM BAIRD ★ KAI DEGENHARDT ★ KLAUS DER GEIGER

JANE ZAHN ★ ERICH SCHAFFNER U.V.M.

KLEZMER ★ PUNK ★ LIEDERMACHER ★ RUMBIA ★ SKA

**THEATER ★ LESUNGEN ★ KINDERFEST ★ FLOHMARKT ★ BÜCHERMARKT
DISKUSSIONEN ★ AUSSTELLUNGEN ★ GRAFIKEN VON DIETER SÜVERKRÜP
INTERNATIONALE SPEZIALITÄTEN**

7. – 9. September 2018

Revierpark Wischlingen Dortmund



DKP
www.dkp.de

UZ shop



GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Würden Sie an einem Autobahnzubringer eine KITA bauen?

Am ehemaligen EAM-Gebäude an der Kasseler Landstraße soll eine KITA – mit Krippe und allen „Schikanen“ – gebaut werden (Grobian berichtete bereits darüber). Nun haben wir mal einige kompetente Menschen, also Menschen, die sich in der Materie des Betriebens einer Kindertagesstätte auskennen, befragt, was sie dazu denken. Dies wollen wir hier zunächst dokumentieren:

Grobian führte zum Thema einige narrative Interviews, in denen die Frage des Betriebes einer Kindertagesstätte an der Kasseler Landstraße im Mittelpunkt standen: Dabei kam heraus, dass die Bedenken der Befragten noch viel größer waren, als es bisher von uns absehbar war.

Neben den bereits genannten Belastungen durch Lärm, Abgase und Feinstaub durch eine der meistbefahrenen Straßen Göttingens sowie dem möglichem Elektromog durch das unmittelbar danebenliegende Umspannwerk standen die realen Hindernisse im Alltag einer KiTa im Mittelpunkt der Antworten, die uns die Befragten gaben:

Die Nutzung eines noch zu schaffenden Außengeländes ist durch die Lage bereits kaum möglich, auch wenn dort „grüne“ Lärmschutzwälle bzw. eine Schutzwand gegenüber dem Umspannwerk (wie im Brauweg gegenüber dem

Altenheim „carpe diem“ errichtet) gebaut werden sollten: Feinstaub erreicht das Gelände auch über einen Lärmschutzwand und Elektromog ist nicht durch eine Schutzwand abzuwehren.

Exkursionen, z.B. auf den sehr schönen Stadtfriedhof, sind ein Schreckgespenst für alle ErzieherInnen: 25 Kinder während der Grünphase einer Ampelschaltung über die Kasseler Landstraße zu bekommen, bedarf der Logistik eines LKW-Transports mit Überlänge.

Eine weitere Überlegung war, wie denn ein Bringen und Abholen der Kinder, was voraussichtlich mit PKW's erfolgen wird, geregelt werden könnte. Denkbar ist hier ausschließlich eine Lösung über die Bachstraße: Alle Eltern werden mir ihren Autos dort hineinfahren, parken, anschließend wenden und wieder auf die Kasseler Landstraße zurückfahren.

Eine ganz andere Frage ist der Bau „hochpreisiger“ Wohnungen im ehe-

maligen EAM-Gebäude, die ständigen Kinderlärm vor dem Fenster haben: Konfrontationen sind vorprogrammiert, auch wenn Kinderlärm inzwischen kein Klagegrund mehr ist!

Hoffnung wurde in die notwendige Betriebsgenehmigung gesetzt: Auch die Fachleute in der Verwaltung der Stadt werden wohl – hoffentlich – die beeinträchtigenden Bedingungen des Standortes sehen und eine Betriebsgenehmigung versagen.

Abschließend seien hier noch ein paar Zitate aus den Interviews genannt: „Wenn ich die Leitung einer solchen KiTa übertragen bekäme, würde ich kündigen, aber der AWO ist soetwas ja egal!“ „Ungeeignet“, „unverständlich“ waren freundliche Worte. „Würden Sie eine KiTa an einen Autobahnzubringer bauen, weil die Kasseler Landstraße doch die normale Umleitungsstrecke für die A7 ist?“

(gusi)

► Hat die ADLER AG bereits die Mieter über die Modernisierungsabsichten informiert?

Grobian dokumentiert hier die Anfrage des OR-Mitgliedes Hendrik Falkenberg an die Verwaltung der Stadt Göttingen in der Ortsratssitzung am 26. April:

Ist der Verwaltung bekannt, ob die Fa. Adler Real Estate AG bereits die MieterInnen ihrer Wohneinheiten in Grone wegen der bevorstehenden Modernisierung befragt/informiert hat?

Begründung:

Der Vertreter der Fa. Adler Real Estate AG haben in öffentlichen Veranstaltungen mehrfach betont, dass sie die MieterInnen „zeitnah“ über ihre geplanten Investitionsvorhaben, Sanierungen und Modernisierungen, die bekanntermaßen zu etwa 50 % auf die Miete umge-

legt werden (es geht hierbei immerhin um eine Mietsteigerung von 1,90 bis 2 Euro/qm) informieren wird. Bislang ist den MieterInnen, die Häuser der genannten Investoren bewohnen, keine derartige Information zugegangen; gleichzeitig werden derzeit großflächig Mängellisten für die bestehenden Wohneinheiten erstellt, damit auch an den entsprechenden Stellen saniert werden kann. Hierzu ist in der Tat eine „zeitnahe“ Befragung der MieterInnen sinnvoll. Auch für die Stadt Göttingen

werden sich bei einer entsprechenden Information / Befragung des Investors wichtige Erkenntnisse ergeben, da dadurch die wahrscheinlichen Mehrkosten bei der KdU berechenbar werden. Auch die Anzahl und die familiäre bzw. soziale Zusammensetzung der MieterInnen, deren derzeitige Wohnung aufgrund der erhöhten Miete nicht mehr in die Liste der KdU „passen“, sind dann konkret zu erfassen und eine frühzeitige Beratung der entsprechenden MieterInnen über alternative Mietangebote ist möglich.



DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

am Montag, 14. Mai 2018, 19 Uhr, Alevitischer Kulturverein, Hauptstr. 6, Herzberg
Mitfahrgelegenheiten werden per E-Mail-Rundbrief bekannt gegeben oder können bei Edgar Schu, Tel. 0551-20190386 erfragt werden.

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung
2. Schwerpunkt: Bundesparteitag im Juni – Was soll der Kreisverband tun?
3. Berichte: Kommunalpolitik, Ortsverbände und Arbeitsgruppen.
4. Verschiedenes

Themenabend Bedingungsloses Grundeinkommen – Pro und Contra

am Mittwoch, 23. Mai, 19.15 Uhr im Saal der Roten Hilfe, Lange Geismar Str. 3, Göttingen, Referenten: Konrad Kelm, Edgar Schu

Gregor Gysi in Göttingen

am Montag, 28. Mai, 18.00 Uhr in der Uni, ZHG, Raum 011
Veranstalter: solid

Jugendverband [‘solid]:

In der Regel wöchentlich: Donnerstag, 19.30 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Str. 73

Termine der Ortsverbände:

OV Göttingen Mitgliederversammlung:

Nächster Termin im Juni.

OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung:

Dienstag, 15. Mai 2018, 19 Uhr, Alevitischer Kulturverein, Hauptstr. 6, Herzberg

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 9. Mai 2018, 18:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

Sonntag, 13. Mai 2018, ganztägiger Stand beim jährlichen Hasenmelkerfest. Genossen aus anderen OV sind herzlich zu Kaffee und Kuchen eingeladen.

OV Rosdorf Mitgliederversammlung:

Montag, 18. Mai 2018, 19 Uhr bei Sami's, Masch 23, Rosdorf

Treffen Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Montag, 07. Mai, 19.00 Uhr im Cafe Inti, Burgstr. 17, Göttingen

Veranstaltungen des Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Tagesseminar Gemeinsame Lektüre Das Kommunistische Manifest

Sonnabend, 5. Mai 2018, 11 – 18 Uhr, Naturfreundehaus Göttingen, Naturfreundeweg 1, Göttingen

Kurzreferate durch Dr. Peter Strathmann, Stephan Wolf, Toto Lyna

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Sinan Özen,

E-Mail: linksjugend-goettingen@web.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Kurt H. Saalman, Steinflurweg 21

37124 Rosdorf, Tel. 0171 - 166 57 81

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386

edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

AG Antifa:

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag,

E-Mail: katja.sonntag@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Eckhard Fascher,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Göttingen

IBAN:DE39 2609 0050 3401 5108 00

BIC: GENODEF1GOE

DIE LINKE.

im Europaparlament

Sabine Lösing, MdEP

► Aufrüstung in der EU und Niedersachsen

Spätestens seit Abschluss des Koalitionsvertrages ist klar, dass wir von dieser Regierung friedenspolitisch ebenso wenig zu erwarten haben, wie von ihrer Vorgängerin. Das fängt beim Rüstungshaushalt an und geht bis zu den aktuellen Bundeswehreinrästen. Der Koalitionsvertrag enthält ein flammendes Bekenntnis, die sogenannte „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ der EU weiter auszubauen. Es ist dieser Bereich, in dem sich nach meinem Dafürhalten in der letzten Zeit friedenspolitisch die bedrohlichsten Entwicklungen vollzogen haben. Das sieht zum Beispiel auch EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker, wenn auch natürlich mit einer ganz anderen Bewertung. Bei seiner Rede auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz klopfte sich Juncker verbal regelrecht auf die Schulter als er meinte, im letzten Jahr seien mehr Fortschritte im Bereich der europäischen Militärpolitik erzielt worden, als die letzten 20 Jahre zuvor. Leider hat er recht!

Die EU-Globalstrategie

In jüngster Zeit wurden in schwindelerregendem Tempo neue Militärprojekte auf den Weg gebracht. Ein erster Schritt war die Verabschiedung einer neuen EU-Globalstrategie am 28. Juni 2016. Nur fünf Tage nach dem Brexit-Referendum! Sie ist nun das wichtigste außen- und sicherheitspolitische Grundsatzdokument, an dem sich alle Maßnahmen orientieren müssen. Darin heißt es u.a. man benötige die militärischen Fähigkeiten, um auch „autonom“, also von der NATO und damit den USA unabhängig handeln zu können.

Daraufhin zielend formuliert das Papier eine überaus ambitionierte Vorgabe: „Die Mitgliedstaaten [benötigen] bei den militärischen Spitzenfähigkeiten alle wichtigen Ausrüstungen, um auf externe Krisen reagieren und die Sicherheit Europas aufrechterhalten zu können. Dies bedeutet, dass das gesamte Spektrum an land-, luft-, weltraum- und seeseitigen Fähigkeiten, einschließlich der strategischen Grundvoraussetzungen, zur Verfügung stehen muss.“

Im September 2016 kündigte Juncker dann auf Grundlage deutsch-französischer Vorschläge eine Reihe von Maßnahmen an. Die wichtigsten davon: Erstens ein EU-Hauptquartier für Militäreinsätze. Viele Jahre war es so, dass die EU, wenn sie einen Militäreinsatz durchführen wollte, erst einmal bei den Nationalstaaten hausieren gehen musste, wer das Hauptquartier dafür stellt. Seit Juni 2017 existiert aber ein solches Hauptquartier. Anfangs soll es Trainingseinsätze leiten, perspektivisch aber alle denkbaren Einsätze. Zweitens wurde im Dezember 2017 die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (PESCO) beschlossen. Damit werden große Teile der EU-Militärpolitik auf eine Kleingruppe ausgelagert. Wer Teil dieser Gruppe sein möchte, musste sich verpflichten, bestimmte Rüstungskriterien zu erfüllen. Dazu gehört eine regelmäßige reale Erhöhung der Rüstungsausgaben oder auch die Bereitstellung von Kampftruppen. Wer diese Kriterien nicht erfüllt, kann mit einer Mehrheitsentscheidung aus PESCO ausgeschlossen werden, wodurch ein enormer Rüstungsdruck erzeugt wird.

Im März 2018 wurden die ersten 17 PESCO-Projekte verabschiedet. Darunter finden sich harmlos klingende Vorhaben wie der Aufbau eines gemeinsamen Sanitätskommandos, aber auch handfeste Rüstungsprojekte wie der Bau eines Infanteriefahrzeugs. Die Finanzierung von PESCO soll dann wiederum über das dritte von Juncker vorgeschlagene Projekt gewährleistet werden: die Aufstellung eines EU-Rüstungshaushaltes. Der soll noch dieses Jahr verabschiedet werden. Nächstes Jahr soll er in abgespeckter Form an den Start gehen. Für den nächsten EU-Haushalt nach 2020 sind dann insgesamt 38,5 Mrd. Euro für Rüstungsforschung- und Beschaffung vorgesehen.

Das war bislang undenkbar, da es der EU-Vertrag verbietet, militärische Maßnahmen aus dem EU-Budget zu finanzieren. Deshalb tarnt die Kommission

Europabüro Göttingen

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

das Vorhaben als wettbewerbsfördernde Maßnahme. Es hat den Anschein, als käme die Kommission mit diesem Tuschenspielertrick durch. Damit würde der Haushalt den ersten und großangelegten Einstieg der EU in die Rüstungsfinanzierung bedeuten. Zusammengenommen wird all das den Charakter der EU verändern und die Balance noch weiter Richtung Militär verschieben.

Niedersachsen

All diese Entwicklungen gehen buchstäblich nicht an Niedersachsen vorbei. Eines der ersten 17 PESCO-Projekte nennt sich „Military Schengen“. Da geht es um die „Verbesserung“ der schnellen Verlegefähigkeit von Truppen nach Osteuropa. Das PESCO-Projekt soll dann eng verzahnt mit dem geplanten neuen NATO-Logistikkommando zusammenarbeiten, das wohl in Ulm aufgebaut werden soll.

Für die Verlegungen von Truppen an die NATO-Ostflanke ist Niedersachsen eine wichtige Drehscheibe. Wenn z. B. Material der US-Armee anlandet, wird es zunächst zum Übungsplatz Bergen-Hohne (Landkreis Celle) gebracht. Dort wird es umgepackt und nach Polen und in andere osteuropäische Länder verlagert.

An der Entwicklung der Schützenpanzer vom Typ Boxer, die aktuell nicht nur von der Bundeswehr sondern z.B. auch von der litauischen Armee verwendet werden, war unter anderem auch das Rheinmetall Defence-Erprobungszentrum in Unterlüß beteiligt. Das sind nur zwei Beispiele die belegen, dass der neue Kalte Krieg auch an Niedersachsen nicht spurlos vorbeigeht.

Wer also etwas gegen die aktuelle Kriegspolitik tun will, kann damit gleich hier in Niedersachsen beginnen!



► JHV des OV Göttingen mit Neuwahl des Sprecher*innenrates

Am 11. April fand im Saal der Roten Hilfe die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Göttingen statt. Turnusgemäß erfolgte dabei die Neuwahl des Sprecher*innenrates, souverän geleitet von Dr. Eckhard Fascher. Die Wahl- und Zählkommission bildeten die KSR-Mitglieder Britta Schmerling und Sinan Özen.

Dabei wurden die bisherigen Sprecher*innen Doreen Bethe und Dietmar Reitemeyer bestätigt. Zudem wurde Dr. Peter Strathmann, der sein Mandat vorübergehend zurückgegeben hatte, wiedergewählt. Der vor zwei Jahren als Vertreter der Linksjugend gewählte Manuel Dornieden war bereits im letzten Jahr ausgeschieden und trat nicht wieder an.

In seinem Rechenschaftsbericht der letzten zwei Jahre gab Dietmar Reitemeyer eine Übersicht über die thematischen Schwerpunkte der Ortsverbandsarbeit und machte deutlich, dass die räumliche Situation im Roten Zentrum seit Herbst 2016 ein großes Problem darstellt. Gleichwohl konnte über eine breite Palette behandelter Themen berichtet werden, unter anderem „Antifaschistische Fußballkultur“ mit der Supporters Crew 05, „Aktuelles zu Kurdistan / Türkische Republik“ mit YXK, die Vorstellung der Kampagne „STOP WARS – Gemeinsam gegen ihre Kriege!“ durch die SDAJ, ein Referat zum LINKEN Steuerkonzept von Edgar Schu, der Besuch unserer Landesvorsitzenden und Bundestagsabgeord-

neten Pia Zimmermann unter dem Thema „Gesundheit ist keine Ware - Gute Pflege und Gesundheitsversorgung ist möglich für alle!“ oder ein Themenabend zum Polizeiverhalten im Anschluss an den G20-Gipfel mit dem Kreistagsabgeordneten Mohan Ramaswamy als Gast.

Weiterhin gab es eine gemeinsame Veranstaltung mit der jW-Leser*inneninitiative Göttingen, der GöLinken und der DKP zum Thema „Gesellschaftlicher Aufbruch 2017 – Ist die Zeit reif für rot-rot-grün? + Aktuelle Infos zur Entwicklung der Tageszeitung junge Welt“. Nicht zuletzt waren die Mitglieder unseres Ortsverbandes in die Wahlkämpfe zur Kommunalwahl und Bundestagswahl/Landtagswahl eingebunden, deren Organisation von ausgezeichneten Wahlkampfteams übernommen worden war, denen an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich gedankt werden soll.

In der Diskussion über die weitere Arbeit des OV wurde befürwortet, die MVs wie bisher mit je einem inhaltlichen Schwerpunktthema fortzuführen. Außerdem soll auch außerhalb von Wahlkampfzeiten auf eine starke Präsenz in der Öffentlichkeit geachtet werden.

Presseerklärung DIE LINKE LV Niedersachsen vom 14. April 2018

► DIE LINKE. Niedersachsen verurteilt völkerrechtswidrigen Syrieneinsatz

Vor den Augen der Weltöffentlichkeit bricht eine US-anglo-französische Allianz mit ihrem Bombardement syrischer Ziele aggressiv das internationale Recht.

Wer aber gibt diesen drei NATO-Staaten das Recht, Syrien für ein nicht nachgewiesenes Giftgasmassaker an der eigenen Bevölkerung zu bestrafen? Eins ist klar: Wer Giftgas einsetzt, egal von welcher Seite, gehört als Kriegsverbrecher vor den Internationalen Gerichtshof in den Haag.

DIE LINKE. Niedersachsen verurteilt aufs Schärfste den Einsatz kriegerischer Aggression in Syrien als massiven Verstoß gegen das Völkerrecht. Sie verurteilt auch Bundeskanzlerin Merkel und SPD-Außenminister Maas, die derartige verbrecherische Angriffe befürworten!

Sollten etwa durch die Raketenangriffe in der Nacht zu Samstag die für heute vorgesehene Inspektion der UN-

Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OPCW) verhindert werden?

Das Dickicht der Falschinformationen lässt noch keinen klaren Rückschluss zu. Es scheint, dass hier NATO-Staaten dasselbe fatale Vorgehen gewählt haben, wie bei der völkerrechtswidrigen Militärintervention der USA 2003 im Irak. Damals widersprachen die von der UNO beauftragten Waffeninspektoren den US-Behauptungen über angebliche Beweise vor dem Irak-Krieg, der in der Folge Millionen Menschen in Flucht und Elend gestürzt hat. Die Länder Irak, Libyen und Syrien wurden gezielt destabilisiert mit der Folge von Flüchtlingsströmen nach Europa.

Heute Nacht wurden nicht nur Ziele in Syrien bombardiert, sondern auch unser internationaler Rechtsrahmen. Die stetige Unterminierung der Grundlagen der Völkergemeinschaft durch die NATO, die Pentagon-Zielstellung gegen Russland und China als Hauptfeinde der USA und

das Heranrücken großer Militärkontingente mit Beteiligung deutscher Soldaten an die russische Grenze zeichnen ein deutliches Bild eines Kriegswillens der NATO gegen Russland.

Wir alle spüren, dass hier unverantwortlich gezündelt wird! Uns sollte klar sein, dass wir heute um Haaresbreite an einem 3. Weltkrieg vorbeigeschrammt sind.

DIE LINKE. Niedersachsen fordert alle Menschen, die nicht tatenlos zusehen wollen, ihren Protest gegen die kriegerische Aggression zu zeigen!

Bereits heute gab es zahlreiche spontane Friedensmahnwachen an vielen Orten im Lande. (...)

Wir werden auf unserer website unter der Rubrik „Stoppt den Krieg“ die Informationen über gelaufene und noch stattfindende Friedensaktionen überall in Niedersachsen zusammenstellen.

Für den Landesvorstand: Michael Dr. Braedt, Landesgeschäftsführer

(leicht gekürzt, vollständig unter: <http://www.dielinke-nds.de/nc/politik/nachrichten/detail/zurueck/aktuelles/artikel/die-linke-niedersachsen-verurteilt-die-us-anglo-franzoesische-aggression-gegen-das-voelkerrecht/>)

► OV Altkreis Osterode: Fusionsfantasien im Südharz

Seit dem 1. November 2016 ist die Samtgemeinde Walkenried Geschichte: Die Mehrheit aus SPD + CDU haben im Eilverfahren die Umwandlung der Samtgemeinde aus Walkenried, Wieda und Zorge in eine Einheitsgemeinde Walkenried beschlossen, um eine Entschuldungshilfe vom Land Niedersachsen zu erhalten. DIE LINKE vor Ort positionierte sich eindeutig dagegen und begründete dies mit dem zu erwartenden Abbau von kommunaler Infrastruktur und Demokratie vor Ort.

Im Vorfeld gab es Fusionsverhandlungen zwischen Bad Sachsa und der Samtgemeinde Walkenried, die letztendlich scheiterten. Insbesondere die SPD positionierte sich bereits zur Kommunalwahl 2011 als große Befürworterin dieser Fusion. Sie musste massive Verluste einstreichen, nachdem sie dazu aufgerufen hatte, sie nur zu wählen, wenn man für die Fusion ist. Hintergrund dieses Vorgehens war die deutliche Kritik der Partei DIE LINKE im Samtgemeinderat und unsere Forderung nach direkter Bürgerbeteiligung zur Fusionsentscheidung, die dadurch „ersetzt“ werden sollte. Die SPD verhalf damit der CDU zu einem Zugewinn, die zu diesem Zeitpunkt keine Fusion wollte, dies aber nach der Wahl revidierte, da sich aus ihrer Sicht einige Fakten entscheidend geändert hatten. Nachdem nun diese Fusion scheiterte, kam man schnell darüber überein, dass die Umwandlung in eine Einheitsgemeinde für die Samtgemeinde Walkenried der richtige Weg wäre. Bad Sachsa wollte sich nun selbst, über Zuschüsse, entschulden.

Aber warum ist gerade jetzt, nachdem es erst 1,5 Jahre die Einheitsgemeinde Walkenried gibt, eine Gemeindefusion wieder so aktuell? Der Bürgermeister von Bad Sachsa, Dr. Axel Hartmann, trat zum 31. März 2018 aus gesundheitlichen Gründen zurück. Somit steht die Stadt Bad Sachsa nun vor drei Optionen: Es wird ein(e) neue(r)

Bürgermeister(in) gewählt, es wird die Wahl ausgesetzt und man geht in Fusionsverhandlungen oder man wählt und geht gleichzeitig in Fusionsverhandlungen. Somit sahen alle Fusionsbefürworter sofort ihre Chance: Bad Sachsa mit Walkenried oder gleich mit Bad Lauterberg? Der Braunlager Bürgermeister Grote brachte sogar Braunlage mit ins Gespräch, so dass ein Gebilde Braunlage, Bad Lauterberg, Bad Sachsa und Walkenried entstehen könnte. Der letzte Vorschlag bedarf allerdings einer Gesetzesänderung, denn Braunlage gehört zum Landkreis Goslar und so dürfte dies zumindest kurzfristig recht unrealistisch sein.

DIE LINKE lehnt weiterhin eine Südharzfusion ab. Noch ist unklar, welche weiteren Einschnitte die Einwohner in der neuen Gemeinde Walkenried noch ertragen müssen. Eine Fusion Bad Lauterberg - Bad Sachsa - Walkenried könnte dazu führen, dass sich vieles nach Bad Lauterberg verlagert. Dadurch wird vor allem die jetzige Gemeinde Walkenried noch mehr an den Rand gedrängt. Zudem ist der Lauterberger Bürgermeister Dr. Gans nicht bereit, die Schulden von Bad Sachsa und Walkenried zu übernehmen. Mit der Umwandlung bzw. der Eigenentschuldung haben aber sowohl Walkenried als auch Bad Sachsa mögliche finanzielle Zuweisungen des Landes schon ausgeschöpft. Fusionsverhandlungen auf Augenhöhe sind so nicht möglich.

Mit der Abschaffung der Samtgemeinde Walkenried wurden auch die alten Gemeinderäte abgeschafft. Dadurch obliegen nun dem Gemeinderat Walkenried alle wesentlichen Entscheidungen über die Ortsteile. Auch mussten die finanziellen Belastungen für die Bürger in den drei Ortsteilen angeglichen werden, was zusätzliche Mehrbelastungen zur Folge hatte. Mittlerweile durften Einwohner*innen der neuen Gemeinde Walkenried erfahren, dass leider DIE LINKE. Recht behalten sollte in ihren

Befürchtungen. Nicht nur, dass es zum demokratischen Abbau gekommen ist, die Identitäten der Orte werden nun ebenfalls geopfert. So müssen nun, nachdem man immer wieder versichert hat, dass es dazu nicht kommen wird, die doppelten Straßennamen angeglichen werden. Außerdem soll es eine einheitliche PLZ für die drei Orte geben. Auch die kommunale Infrastruktur ist betroffen, denn schließlich bräuchte man keine Einrichtungen doppelt oder dreimal in der neuen Gemeinde. Wenn nun Fusionsverhandlungen mit Bad Sachsa und Bad Lauterberg wieder aufgenommen werden sollten, kann man sich ausmalen, was dies für den Südharz bedeutete. Wenn man nun glaubt, dass wenigstens mit den Gebührenerhöhungen Schluss ist, liegt man ebenfalls falsch: Gerade wurde erst die Einführung einer neuen Steuer (Niederschlagsgebühr) beschlossen.

DIE LINKE hat so ein Vorgehen immer deutlich kritisiert. Ohne zu wissen, was genau abgeschafft oder verschmolzen werden soll, wollte man die Fusion durchsetzen und später die neuen Räte entscheiden lassen. Die neuen Ortsräte in Walkenried, Wieda und Zorge bestehen aber jetzt nur noch aus fünf Mandatsträgern, die lediglich Vorschlagsrecht gegenüber dem Gemeinderat Walkenried haben. Die Gruppe SPD/CDU, die in allen Gremien und Ausschüssen im Gemeinderat über die absolute Mehrheit verfügt, kann die politische Ausrichtung sowie Steuer- und Gebührenerhöhungen vollständig alleine bestimmen. So sieht im Südharz Demokratie aus und es wird deutlich, dass SPD + CDU kaum noch Unterschiede haben. So zeigt sich schon auf Kommunalebene, dass selbst dort die SPD kaum noch Schnittmenge mit den LINKEN hat.

Seit Jahren fordert DIE LINKE eine bessere finanzielle Ausstattung für Kommunen, damit Kommunen überhaupt handlungsfähig sind und kritisiert die Aufgabenverlagerung auf die kommunale Ebene. Kommunen müssen aber überlebensfähig und die finanzielle Belastung der einzelnen Bürger*innen erschwinglich sein.

Sollte es zu Gemeindefusionen kommen, müssen immer die Bürgerinnen und Bürger das letzte Wort haben. Aber ist eine Bürgerbeteiligung überhaupt gewünscht?



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

 Achtung, neuer e-Mail-Kontakt:
 sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

► Bezahlbarer Wohnraum – aber wo und für wen?

Wir dürfen nicht lockerlassen: Denn die Sonntagsreden der Mehrheitsparteien und die Handlungen der Bau- und Sozialverwaltung müssen immer wieder einer Realitätsprüfung unterzogen werden.

So sieht z.B. eine der vielen Ausnahmeregelungen des „kommunalen Handlungskonzeptes zur Schaffung von Wohnraum“ vor, dass in Gebieten mit einem hohen Anteil von TransferleistungsbezieherInnen Ausnahmeregelungen greifen sollen. Dies aber kann ja auch bedeuten, dass gerade dort nur „hochpreisig“ gebaut werden darf. Im Gegensatz zu anderen Gebieten, in denen 30% bezahlbare Wohnungen gebaut werden müssen.

Diese Ausnahmeregelungen machen sich die schlaunen Immobilienkonzerne zu nutze. Insbesondere die Adler AG in Grone hat Großes vor, indem teuer gebaut und modernisiert werden soll. Natürlich zu Lasten der MieterInnen, die sich aber keine höheren Mieten leisten können. (s. Göttinger Blätter 4/18, „Gentrifizierung in Grone - da kommt keine Freude auf“)

Zu diesem Thema hat die Göttinger Linke eine Anfrage an den Sozialausschuss der Stadt Göttingen gerichtet: Wir wollten wissen, wie viele MieterInnen der Adler AG in Grone Transferleistungen beziehen und was passiert, wenn die neuen Mieten nach der Modernisierung über der erlaubten Grenze der KdU liegen. Nachdem es nun eine Weile gedauert hat, liegen Antworten vor:

Der Anteil der LeistungsbezieherInnen an der Mieterschaft der Adler-Wohnungen wird mit 25% angenommen. Hier geht die Verwaltung schlicht davon aus, dass es genauso viele sind wie in ganz Grone, was aber in Frage zu stellen ist. Die Adler AG selber geht nach eigenen Angaben von 50% aus.

Die große Angst geht also um, dass die Wohnungen nach der Modernisierung zu teuer fürs Amt sind.

So vernichtet man günstigen Wohnraum, statt ihn zu schaffen. Zum Vergleich: Wenn die Städtische Wohnungsbau modernisiert, werden die Mieten in vertraglichen Staffeln und bei Wohnbe-

rechtigungsscheininhaberInnen nur auf 5,60 Euro angehoben. So geht bezahlbarer Wohnraum.

Die Antwort der Stadtverwaltung im Sozialausschuss auf die Ängste der MieterInnen ist recht salomonisch und wie so oft neblig bis vage: Man gehe nach jetzigen Erkenntnissen nicht davon aus, dass es im Zuge der Modernisierungen zu Wohnungsauszügen oder einer Eigenbeteiligung bei vorliegenden unangemessenen Unterkunftskosten käme.

Doch was heißt das? Können die Betroffenen hoffen, dass die Stadt die verteuerten Adler-Mieten weiterhin zahlen wird, KdU hin oder her? Gleichzeitig weiß auch die Verwaltung - und manche dort sagen es auch -, dass es keine Alternative für die MieterInnen in Grone gibt. Adressen wie Groner Str. 9 oder Hagenweg 20 als Ausweichquartiere seien nicht zuzumuten. Kommt da auch die Sozialverwaltung in der Realität an? Schau'n wir mal!

Und dann fragt sich, was mit den MieterInnen passiert, die mit einem geringen eigenen Einkommen gerade so viel haben, dass sie die jetzige Miete eben noch so aufbringen können?

Wir wollen uns weiterhin mit dem Thema und grundsätzlichen Fragen beschäftigen. Daher bereiten wir für den 6. Juni einen kommunalpolitischen Arbeitskreis zum Thema vor. Gerne möchten wir dazu

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

 Rotes Zentrum,
 Lange Geismarstraße 2
 37073 Göttingen
 BACK ON WIRE: www.goettinger-linke.de
 E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de
SprecherInnenkreis:

 Thomas Bahrs, Dietmar Reitemeyer,
 Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,
 Dr. Peter Strathmann, Stephan Wolf

Kassierer:

Gunnar Siebecke

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**

 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon: 0551- 400 2347
GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de
Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

 Mo. 09:00 – 12:30 Uhr
 Mi. 14:00 – 17:00 Uhr
 Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

 Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)
 Rolf Ralle
 Edgar Schu

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**Mittwoch, 16. Mai, 19.00 Uhr
Neues Rathaus, Raum 1118**

 Thema: ÖPNV in Göttingen
 Gast: Michael Neugebauer, Geschäftsführer
 GöVB (siehe Kasten unten)

sowohl ExpertInnen als auch andere engagierte BündnispartnerInnen einladen, um gemeinsam linke Handlungskonzepte und Strategien zu entwickeln. Termin schon mal vormerken! (bs)

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

ÖPNV in Göttingen

Mittwoch, 16. Mai, 19:00 Uhr | Neues Rathaus | Raum 1118

Gast: Michael Neugebauer, Geschäftsführer der Göttinger Verkehrsbetriebe (GöVB)

- Einstieg in die Elektromobilität
- Ausbau der Barrierefreiheit
- Sozialticket, aber erst ab 9.00 Uhr
- Kritik am Liniennetz und Mängel bei der Verzahnung des ÖPNV in Stadt und Landkreis.

Diese und weitere Fragen werden wir mit dem Geschäftsführer der GöVB besprechen bzw. wollen weitere Ideen sammeln, die es gilt, in die Diskussion einzubringen.



Das ehemalige Goethe-Institut muss im Besitz der Stadt bleiben

Als im Sommer letzten Jahres beschlossen wurde das Goethe-Institut zu verkaufen, begründete die Stadt diese Entscheidung u.a. damit, die Zusagen aus den EHP einzuhalten und den Immobilienbestand zu reduzieren. Außerdem wurde mit einem ordentlichen Kaufpreis von mindestens 6,17 Mio. gerechnet. Inzwischen sind wir ein paar Monate weiter, um das EHP brauchen wir uns nicht länger zu kümmern, wir sind aus dem Programm entlassen und offensichtlich ist auch der anvisierte Kaufpreis nicht zu erzielen. Aber anstatt die neuen Rahmenbedingungen neu zu bewerten wird weiter an dem Verkauf festgehalten. Das ehemalige Goethe-Institut soll regelrecht verschleudert werden und das ist ein Skandal. Das 6000m² große Grundstück hat in dieser Lage einen Wert von ca. 3 Mio. €, gerechnet bei 500€ pro Quadratmeter. Der Anbau, der bisher schon für Wohnzwecke genutzt wurde, bietet Platz für 1500 m² fertig eingerichteten Wohnraum, mit Sanitäranlagen, Pantryküchen und allem was der Mensch zum Leben braucht. Der ganze Anbau könnte sofort bezogen werden und die Stadt kann selbst bei der günstigsten Miete sich ausrechnen, dass sie mehr Einnahmen generieren kann als bei dem aktuellen Höchstgebot. Verwaltet werden kann das Haus von der Städtischen Wohnungsbau, die auch die „herrschaftliche Levinsche Villa“ sicher gut vermieten kann. Perspektivisch macht die Stadt nicht nur selbst den Gewinn, vor allem aber kann sie dazu einen Beitrag leisten, sich dem Wahnsinn auf dem Wohnungsmarkt entgegen zu stellen.

Kontaktdaten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
[goeLinke-
Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

Fraktionsmitarbeiter:
Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
Do: 13:00 – 17:00 Uhr

Der unwürdige Rücktritt der Ratsvorsitzenden Binkenstein

Den Aufschlag zur Ratssitzung am 13.04.18 machte die Vorsitzende Binkenstein (SPD) mit ihrem Rücktritt vom Amt. In einer persönlichen Erklärung wies sie noch einmal alle Verquickungen zwischen ihrer Rolle als Ratsvorsitzende und gleichzeitiger Anwältin eines Besitzers mehrerer Immobilien zurück. Sie kann sich offenbar nur als Opfer einer bös-artigen Intrige sehen und entsprechend war auch ihr Rundumschlag gegen alle, die eine andere Sichtweise dazu haben. Offenbar hatten die Sozialdemokraten noch bis zuletzt gehofft, dass sie zusammen mit den Grünen die Abwahl Binkenstein verhindern könnten. Als aber am Freitag im GT zu lesen war, dass von den Grünen keine Rücken-deckung zu erwarten war, konnte sie nur noch zurücktreten. Selbst aus der eigenen Fraktion schien sie nicht mehr gewollt, wie anders ist es zu erklären, dass ausgerechnet an einem solchen Tag 4 Abgeordnete der SPD in der Ratssitzung fehlten, das gab es ewig nicht. Für die SPD ist die Sache damit aber noch nicht zu Ende. Auf ihrer Webseite wird über eine große Verschwörung fabuliert und Frau Binkensteins handeln erklärt und gerechtfertigt. Unter der Überschrift: „Soviel Wahrheit muss sein“ weiß der Verfasser genau was Frau Binkenstein wann getan hat, was Gerd Nier wann unterschrieben haben soll, werden die Piraten, die den Antrag auf Abwahl eingebracht hatten, als verloggen beschimpft und alle die daran mitgemacht haben als Populisten verunglimpft. Angesprochen auf diesen Unsinn weist man aus der Fraktion alle Verantwortung von sich und verweist auf die Partei, die diese Seite zu verantworten hat. Und so erleben wir also eine weitere Aufspaltung nicht nur der Person Binkenstein, sondern der Göttinger SPD. Bisher kannten wir also die Ratsvorsitzende Binkenstein, die Rechtsanwältin Binkenstein und die Abgeordnete Binkenstein. Jetzt kommt also das SPD-Mitglied Binkenstein dazu und erzählt über die Anwältin Binkenstein und wir werden wahrscheinlich noch bald von der Mutter, Radfahrerin oder Hundebesitzerin Binkenstein erfahren, wer aus dem SPD-Ortsverband Weende den Klienten von Binkenstein mit Informationen über unbequeme Mieter versorgt hat. Hoffentlich weiß man dann in der SPD noch, wer in welcher Rolle Verantwortung übernehmen muss. Das scheint nicht immer ganz einfach zu sein.

► Nazi-Aufmarsch am 2. Juni in Goslar verhindern!

Am 2. Juni wollen Nazis aus dem gesamten Bundesgebiet in Goslar aufmarschieren. In Goslar hat sich dagegen ein breites antifaschistisches Bündnis zusammengefunden. Auch das Göttinger Bündnis gegen Rechts ruft zur Teilnahme an den antifaschistischen Protesten in Goslar auf. Nachfolgend der Aufruf des Goslarer Bündnis gegen Rechts-Extremismus:

Am Samstag, den 2. Juni 2018 planen Rechtsextreme im Rahmen des sogenannten „Tag der deutschen Zukunft – unser Signal gegen Überfremdung“ durch Goslar zu marschieren!

Dieser Tag wurde 2009 aus dem Kreis norddeutscher Neonazis um Dieter Riefling ins Leben gerufen. Der 49jährige Niedersachsen versteht sich als „freier

Aktivist“, der ohne eine feste Bindung an eine Vereinigung oder Partei im rechten Spektrum agiert. In einem Interview mit dem rechtsextremen Radiosender FSN begründete er seine Überparteilichkeit am 22. Mai 2017 mit folgenden Worten: „Wie heißt es immer so schön: Meine Partei ist seit 1945 verboten“.

Der Aufmarsch militanter Neonazis erfährt in Goslar seine zehnte Auflage, in den letzten Jahren in Karlsruhe und Dortmund haben 500-1000 Nazis teilgenommen. Durch rassistische Stimmungsmache und neonazistische Propaganda soll gegen Migrantinnen und Migranten und gegen Andersdenkende gehetzt werden.

Wir rufen für den 2. Juni zu friedlichen Gegenprotesten auf. Wir wollen in einer vielfältigen, weltoffenen und

solidarischen Stadt leben. Wir wollen in einer Stadt leben, in der sich alle Menschen angstfrei bewegen können.

Deshalb müssen wir diesen Nazi-Aufmarsch verhindern. Gemeinsam stellen wir uns den RassistInnen, Nazis und ihrer Menschenverachtung in den Weg!

Ziehen wir an einem Strang und erteilen Rassismus und allen anderen rechten Ideologien, die Menschen wegen ihrer Religion, wegen ihrer Hautfarbe oder wegen ihrer Meinung abwerten, eine klare Absage!

Beteiligen Sie sich, indem Sie unseren Aufruf unterzeichnen, indem Sie eine „Rote Karte“ gestalten und indem Sie am 2. Juni dabei sind, wenn ganz Goslar erklärt: Goslars Zukunft bleibt bunt – Kein Platz für Rassismus!

► 8. Mai – Gedenkveranstaltung der VVN-BdA zum 73. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Auch 73 Jahre nach der militärischen Niederschlagung des deutschen Faschismus sind Rassismus, Antisemitismus und faschistische Hetze Alltag in Deutschland. In vielen Parlamenten ist mit der AfD eine rechtsextreme Partei vertreten. Der rassistische Diskurs gegen Flüchtlinge, der seit Jahren durchs Land wabert und eine wichtige Scharnierfunktion darstellt, um rechtsextreme und konservative Weltanschauungen einander anzunähern, hat erschreckenderweise nun auch prominente Fürsprecher in manchen linken Parteien gefunden. Auch antisemitische Bedrohungen und Angriffe gegen Menschen jüdischer Herkunft nehmen wieder zu. Und selbst in Göttingen bekommt eine offen neonazistische Partei wie „Die Rechte“ seitens der hiesigen Stadtverwaltung eine Demonstration genehmigt, so dass sie am Bahnhof und in der Göttinger Weststadt öffentlich gegen Flüchtlinge und Migranten hetzen kann. Die Stadtverwaltung unter Oberbürgermeister Köhler (SPD) unternahm nicht einmal minimalste Anstrengungen, diesen Nazi-Aufzug rechtlich zu unterbinden, obwohl der Demonstrationsanmelder Jens Wilke wegen rechtsextremer Umtriebe vorbestraft ist (ein Urteil gegen ihn wegen „Nötigung, Bedrohung und Beleidigung“ wurde im Jahr 2017 rechtskräftig) und weitere schwerwiegende Verfahren gegen ihn anhängig sind (gegen ihn und weitere fünf Personen aus dem Umfeld des ehemaligen sog. Nazi-„Freundeskreises“ wird seitens der Staatsanwaltschaft

wegen „Bildung einer bewaffneten Bande“ ermittelt). Der Anmelder ist damit unzweifelhaft kein verlässlicher Versammlungsleiter i.S.d. niedersächsischen Versammlungsrechts, was aber der Göttinger Stadtverwaltung und ihrem Oberbürgermeister egal zu sein scheint.

Trotz der zunehmenden Verschiebung des gesellschaftlichen Diskurses nach rechtsaußen gibt es weiterhin viele Menschen, die sich diesem rechten Rollback entgegenstellen: die aktive Hilfe für Flüchtlinge leisten; die rassistischer und antisemitischer Hetze mutig entgegengetreten; die das Wegschauen staatlicher Stellen bei rechtsextremer Gewalt und Volksverhetzung öffentlich anprangern; die – trotz unterschiedlicher Weltanschauung – gemeinsam gegen Nazi-Aufmärsche und rassistische Bewegungen auf die Straße gehen; die an das Leiden der Opfer des Nationalsozialismus erinnern. – Für sie alle bleibt das eine Richtschnur und Orientierungslinie des eigenen Handelns, was die Insassen des Konzentrationslagers Buchenwald am 19. April 1945 nach ihrer Selbstbefreiung vor aller Welt auf dem Appellplatz des Lagers schworen:

„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Als VVN-BdA Göttingen rufen wir zum Gedenken an den Tag der Befreiung vom Faschismus auf. Die Kundgebung findet dieses Jahr allerdings an einem anderen Gedenkort statt, nämlich am Denkmal für die Widerstandskämpfer gegen das Naziregime, das am Thomas-Buergenthal-Haus (Stadtbibliothek) Ecke Paulinerstraße steht. Die Gedenkveranstaltung beginnt um 18:00 und wird ca. bis 19:00/19:30 gehen. Mitgebrachte Blumengebinde oder -sträuße können am Gedenkstein niedergelegt werden.

(...) Fortsetzung „Gedanken zum Schwur von Buchenwald“ von Seite

Die Angriffe auf den Schwur von Buchenwald nehmen wir nicht hin, von niemandem!

Diese nationale Schande ist in hohem Grade unwürdig. Das zu benennen, bleibt unsere Pflicht – auch gegenüber den noch Lebenden anderer Nationen und ihnen Nachfolgenden.

(Günter Pappenheim ist Vorsitzender der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora und Erster Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos.)